

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 195.

Mittwoch, den 14. Juli.

1847.

Bekanntmachung.

Das 9te Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes, enthaltend:

Nr. 39. Verordnung, die Steuervergütung für den in das Zollvereins-Ausland gehenden inländischen Branntwein betreffend; vom 24sten Juni 1847.

Nr. 40. Bekanntmachung, die Cassirerstelle der Landrentenbank betreffend; vom 30sten Juni 1847.

Nr. 41. Verordnung, den Eingangszoll für ausländischen Zucker und Syrop und die Steuer für inländischen Rübenzucker betreffend; vom 1. Juli 1847.

ist bei uns eingegangen und wird bis zum 30. Juli dss. Jahres auf hiesigem Rathhaussaale zur Kenntnissnahme öffentlich aushängen. Leipzig, den 9. Juli 1847.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Gross.

Mittheilungen

aus den Plenarverhandlungen der Stadtverordneten am 23. Juni 1847.

Auf der heutigen Tagesordnung befand sich zunächst das Gutachten der Deputation zu den Kirchen, Schulen und milden Stiftungen über den vom Stadtverordneten Herrn Köhler gestellten Antrag auf Errichtung von zwei Districtschulen für die Kinder minder bemittelter hiesiger Einwohner.

Die Deputation hatte bei der Berathung darüber zu einer übereinstimmenden Ansicht nicht gelangen können, sich vielmehr in eine Majorität und Minorität geschieden und eine jede derselben ihr Gutachten besonders motivirt.

Die Majorität gab das Ihrige dahin ab, daß sofort beim Stadtrath die Errichtung von zwei neuen Elementarschulen, welche mit den untern Classen der beiden Bürgerschulen, die fünfte Classe einschließlic — parallel gehen, in Antrag gebracht und damit das Gesuch verbunden werde, der Stadtrath möge sowohl hierüber, als auch über die Modalität, unter welcher in diesen beiden neuen Schulen niedere Schulgeldersätze zu Gunsten der Minderbemittelten eingeführt werden könnten, dem Collegium geeignete Vorschläge zugehen lassen.

Man erachtete es in dieser Hinsicht für zweckmäßig, wenn die ganze Schulgeldereinnahme einer Reform unterworfen und mehr auf die Principien des Volksschulengesetzes in der Art zurückgeführt werde, daß von den Schulbesuchenden nur ein verhältnismäßig geringer Theil des Schulgeldes aufgebracht, das Uebrige aber durch eine allgemeine Schulsteuer gedeckt werde. Sollte der Stadtrath noch zur Zeit auf eine derartige Reform einzugehen Bedenken tragen, so rieth die Majorität der Deputation, an die Bestimmung darüber, welche Kinder bei Zahlung eines billigeren Schulgeldes Berücksichtigung finden sollten, dem Ermessen der Schuldeputation in ähnlicher Weise zu überlassen, wie dies bereits bei den Aufnahmegesuchen in die hiesigen Freischulen der Fall sei. Die Schulen selbst sollten, wenn auch nur vorläufig, in gemietheten Localen und zwar in den Theilen der Stadt, welche von den beiden Bürgerschulen weiter entfernt liegen, errichtet und zu deren Herstellung die bei der Leihhaus- und Sparcasse resultirenden Ueberschüsse verwendet werden.

Mit dem zuletzt erwähnten Antrage stimmte zwar auch die Minorität der Deputation überein, schlug aber in der Hauptsache selbst dem Collegium vor, den Stadtrath zu er-

suchen, so bald als möglich Veranstaltung zur Errichtung zwei neuer Schulen in den dazu geeigneten Stadttheilen zu treffen, in denen den Kindern der minderbegüterten Einwohner gegen ein jährliches Schulgeld von höchstens 3 $\frac{1}{2}$ für ein Kind und von 2 $\frac{1}{2}$ bei mehreren Kindern derselben Aeltern ein guter und zweckmäßiger Unterricht ertheilt werde.

Diese von einander abweichenden Vorschläge gaben zu einer längern Debatte Veranlassung, bei welcher von den Bertheidigern des Majoritätsgutachtens ganz besonders die Ansicht der Minorität, daß die Kinder der verschiedenen Stände und Vermögens-Classen einen getrennten und nach ihrem mutmaßlichen künftigen Lebenszwecke zu bestimmenden Unterricht erhalten sollten, angefochten wurde, während die Vertreter der Minorität in dem Bieten eines gleichen Unterrichts für alle Kinder der Stadt weder einen Vortheil, noch in ihrem Vorschlage eine Zurücksetzung oder Kränkung der weniger Bemittelten zu finden glaubten.

Da immittelst so viel feststand, daß die Anhänger beider Ansichten wenigstens in so weit mit einander übereinstimmten, als sie die Errichtung zwei neuer Districtschulen für nothwendig erachteten, so vereinigte man sich für jetzt dahin, einen darauf bezüglichen Antrag an den Stadtrath gelangen zu lassen und demselben dabei beide Gutachten zur Berücksichtigung mitzutheilen.

In der hierauf folgenden geheimen Sitzung erstattete die Deputation zum Polizeiamte über drei Bürgerrechtsgesuche von Ausländern, die den gesetzlichen Erfordernissen nicht allenthalben zu entsprechen vermochten, gutachtlichen Bericht. Das Eine dieser Gesuche beschloß man zu bevormorten, fand sich dagegen nicht veranlaßt, für das Andere die Intercession eintreten zu lassen, während das Dritte bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt bleiben mußte.

Nachrichten aus Sachsen.

Der Dippoldswalder Zweigverein der Gustav-Adolf-Stiftung hat sich zwar in der Mitgliederzahl von 1104 auf 799 verringert, dagegen in der Einnahme von 86 auf 90 $\frac{1}{2}$ Thlr. vermehrt.

Eine vom Amtshauptmann von Winkler in Pirna veranstaltete Sammlung für die bedrängten Weber und Handwerker in Sebnitz hat 151 Thlr. eingetragen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Schletter.